

Hans Stimmann

Aufbruch in die falsche Richtung

50 Jahre Hansa-Viertel: Wie Berlin von diesem Irrweg zur klassischen Stadt zurückfand

Inzwischen scheinen alle das Thema entdeckt zu haben. In einem programmatischen Artikel sprach der Berliner Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit jüngst von den "zivilisatorischen Leistungen der europäischen Stadt". Bundesbauminister Wolfgang Tiefensee erhebt die "Europäische Stadt" zum Leitbild für die künftige Stadtentwicklung, und sein Staatssekretär kündigt gar an, im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft eine "Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt" zu verabschieden.

Diese Formulierung erinnert an die inzwischen viel geschmähte "Charta von Athen", die 1933 von den damals führenden modernen Architekten verabschiedet wurde und die strikte Trennung der Funktionen Wohnen, Arbeiten, Erholung und Verkehr forderte. Diese Prinzipien führten später zu vielen Übeln in den Innenstädten sowie den Siedlungen und Großsiedlungen der Nachkriegsmoderne. Es waren vor allem die sozialdemokratischen Bürgermeister und Baudezernenten der westdeutschen Großstädte, die besonders "charta-treu" planten. Auch die "sozialistische Stadt" im östlichen Teil des Landes war meist eine strikte Anwendung der Utopien der Moderne.

Ein größerer Gegensatz als der zwischen der traditionellen, kompakten europäischen Stadt einerseits und der funktional sauber getrennten Stadt der Moderne andererseits ist kaum denkbar. Das ließ sich auch anhand der jeweiligen Anhängerschaft beobachten: Auf der einen Seite die kleine Schar der traditionell orientierten Architekten, private Terraingesellschaften, Banken und Vertreter konservativer Parteien, auf der anderen Seite die Gruppe der fortschrittlichen "Chartisten", die "modernen" Architekten, die städtischen und gemeinnützigen Wohnungsbau-gesellschaften, die Kommunen als neue Grundstückseigentümer, die staatlichen Förderbanken sowie die Vertreter der linken Parteien (SPD/KPD/SED).

Rund ein halbes Jahrhundert später ist in Berlin der zuletzt genannte Block unter Führung der SPD ins Lager der "Traditionalisten" übergewechselt: Mit der Unterstützung des rot-roten Senats entstanden zuletzt in zentraler Lage gegenüber dem Außenministerium private Stadthäuser nach dem Vorbild angelsächsischer "Townhouses". Es muss in den letzten Jahrzehnten also einiges geschehen sein in den Köpfen, vor allem aber in der Wirklichkeit moderner Siedlungen und Großsiedlungen. Denn es sind vor allem diese Wohngebiete, die von Leerstandsproblemen geplagt sind. Wenn sie sich nicht verkaufen lassen, werden sie unter Einsatz von Steuermitteln teilweise wieder abgerissen. Solche Abrisse ehemals hoch gelobter, öffentlich geförderter Siedlungen sind auch eine schwere Niederlage des sozialen Wohnungsbaus. Deshalb heißt das entsprechende Programm verschämt "Stadtumbau Ost".

Dieser lange Weg zurück zum aktuellen Leitbild der "Europäischen Stadt" mit privatem Boden- und Hauseigentum lässt sich exemplarisch an zwei Berliner

Städtebau-Projekten beschreiben: dem West-Berliner "Hansa-Viertel" am Rande des Tiergartens, Vorzeigeprojekt der "Interbau" 1957, das inzwischen unter Denkmalschutz steht und in diesem Jahr seinen 50. "Geburtstag" feiert; und an der aktuellen Wiederbebauung des 1658 angelegten Stadtteils "Friedrichswerder" am Auswärtigen Amt mit privaten städtischen Reihenhäusern. Auf dem zu DDR-Zeiten vollkommen leer geräumten und dann kommunalisierten Boden des Friedrichswerder entsteht durch die Ansiedlung neuer "Stadtbürger" eine Struktur, die es in ähnlicher Form bereits im alten Hansa-Viertel gab, das nach einer königlichen Ordre aus dem Jahr 1874 gebaut wurde. Die vergessene und verdrängte Planungsgeschichte des historischen Hansa-Viertels ist heute von allerhöchster Aktualität und könnte für die Reurbanisierung vieler Innenstadtbrachen ein Vorbild sein.

Das alte Hansa-Viertel entstand gegen Ende des 19. Jahrhunderts als Projekt einer Hamburger Terraingesellschaft. Sie erwarb die Grundstücke, stellte einen Bebauungsplan auf, ließ diesen von Amts wegen genehmigen, parzellierte die Grundstücke, baute die Straßen und veräußerte die Grundstücke an private Bauherren, die ihrerseits dem Architekten den Auftrag zum Bau eines individuellen Hauses gaben. Der Bebauungsplan mit dem sternförmigen Platz enthielt lediglich wenige Beschränkungen über die Anzahl der Geschosse - drei - und die Tiefe der Vorgärten. Die Parzellen waren unterschiedlich groß. So entstand bis zur Jahrhundertwende ein gutbürgerliches Wohnquartier mit zahlreichen Kaufleuten, Bankiers, Fabrikanten, Beamten, ein paar Läden und Kleingewerbetreibenden. Die Bewohner waren entsprechend der Bauherrenvorstellung entweder Eigentümer oder Mieter. Etwa 10 Prozent der Häuser hatten jüdische Eigentümer.

Architektonisch ging es historistisch zu, die Entwürfe stammten von namenlosen Baumeistern, aber auch von prominenten Architekten wie Ernst von Ihne, Alfred Messel oder Emil Schaudt. Einen Eindruck von der damaligen Qualität vermittelt noch heute das erhaltene Haus in der Cuxhavener Straße 14. Man lebte hier in einem Quartier mittlerer Dichte mit großstädtischem Ambiente und keineswegs - wie es in den Fünfzigerjahren dargestellt wurde - in einer Gegend mit den berühmten "Mietskasernen".

Die kulturelle und soziale Zerstörung des Quartiers ging der physischen voraus und begann mit dem "Machtwechsel" nach 1933. Das Quartier wurde systematisch "judenrein" gemacht, am Ende des Zweiten Weltkriegs wurde es zerbombt. Nach den Bomben kamen dann die Planer und Politiker, ausgerüstet mit der Idee einer "neuen Stadt" für eine "neue Gesellschaft". Dafür wurden zunächst die ausgebrannten Gebäude, zu denen auch die Kaiser-Friedrich-Kirche gehörte, einschließlich der zahlreich erhaltenen Fassaden der Bürgerhäuser abgerissen.

Als sei der Krieg nicht schon Strafe genug, folgte dann für die neue Stadt der Abriss des überwiegenden Teils der rund 40 noch erhaltenen Gebäude. Danach ging man an die Beseitigung der erhaltenen Straßen und der technischen Infrastruktur. Es ist dieser heute nur noch schwer nachvollziehbare Prozess der Vernichtung ideeller und materieller Werte, auf den Wolf Jobst Siedler und Elisabeth Niggemeyer 1964 in ihrer weitsichtigen Streitschrift "Die gemordete Stadt" hinwiesen. Den Umschlag ihres Buches zierte ein Foto vom Abriss des alten Hansa-Viertels.

Um wirklich wieder den jungfräulichen Zustand vor der allerersten Bebauung zu erhalten, folgte schließlich die "Lösung der Bodenfrage" durch eine Bodenordnung mit dem Ziel, sämtliche 159 Grundstücke zunächst zu kommunalisieren. Erst jetzt war der Platz frei für die "Stadt von morgen". Insoweit unterschied sich diese Vorgehensweise - jedenfalls im Grundsatz - nicht von der des kommunistischen Magistrats von Ost-Berlin bei der Vorbereitung der Stalin-Allee. Da dieser Prozess in West-Berlin durch Erwerb oder Enteignung nicht vollständig gelang, trifft der Besucher des neuen Hansa-Viertels auf schwer einzuordnende Reste des alten Hansa-Viertels.

Diese Radikalität hatte drei Ursachen: Hass auf die traditionelle Stadt und auf das "steinerne Berlin", der sich hier erstmals auf ein bürgerliches Quartier bezog; der politische und architektonische Wunsch, mit dem Hansa-Viertel ein "Modell für die Stadt der Zukunft" zu etablieren; schließlich der politische Wille, eine "freiheitliche Alternative" zur Stalin-Allee zu bauen. Das hätte man allerdings viel einfacher haben können: durch die Übernahme des vorhandenen Stadtgrundrisses, die Erhaltung möglichst vieler Gebäude, die Berücksichtigung des privaten Haus- und Bodeneigentums, die Rückgabe der jüdischen Grundstücke, den Wiederaufbau der Kirchen und Synagogen und die Bebauung der Parzellen mit zeitgemäßer Architektur. All dies war aber aus politischen Gründen nicht gewollt.

In der von Abrissen gekennzeichneten Stadterneuerungsgeschichte Berlins stellt das Hansa-Viertel einen frühen und einsamen Höhepunkt dar. Wegen der durchaus demonstrativ zu bezeichnenden Verschwendung öffentlicher Mittel wurde das neue Hansa-Viertel kein Modell für die weitere Flächensanierung im Wedding und in Kreuzberg, sondern geriet zum spektakulären Sonderfall für Architekturtouristen.

Es brauchte drei Jahrzehnte, bis in der nächsten Internationalen Bauausstellung 1983 Lehren aus dieser Vorgehensweise gezogen wurden. Die damalige "behutsame Stadterneuerung" für den Kreuzberger Altbauteil und die "kritische Rekonstruktion" der südlichen Friedrichstadt wurde weit über Berlin hinaus zum Modell für den Umgang mit der historischen Stadt. Und es dauerte zwei weitere Jahrzehnte, bis sich die kritische Rekonstruktion des Stadtgrundrisses nach dem Fall der Mauer mit der Idee des privaten, individuellen Bauens auf dem Friedrichswerder verband. So wurde das Leitbild von der europäischen Stadt, wie es vor über 130 Jahren im alten Hansa-Viertel praktiziert wurde, zum unausgesprochenen Vorbild. 1964 schrieb Wolf Jobst Siedler angesichts der Kritik des Feuilletons an seinem Buch, sein Konservatismus habe "die heitere Arroganz, von seiner Modernität überzeugt zu sein". Er hat Recht behalten.

Der Autor war von 1991 bis 2006 sozialdemokratischer Senatsbaudirektor bzw. Staatssekretär für Stadtentwicklung in Berlin.

Quelle: DIE WELT, 20. April 2007